



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 35/18 • 04.10.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Für den heutigen Abend haben die deutschen Länder gemeinsam mit der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beim Königreich Belgien anlässlich des Tages der Deutschen Einheit zum Abendempfang in die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt eingeladen.

Es werden mehrere hundert Gäste aus EU-Kommission, Europäischem Parlament, Rat, Nato, Botschaften und Regionalvertretungen erwartet um gemeinsam diesen Tag zu feiern. Auf Seiten der Länder wird Frau Staatsrätin Frau Dr. Annette Tabbara, Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten – für das Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz 2018/2019 – gemeinsam mit Botschafter Martin Kotthaus die Gäste begrüßen.

Nach wie vor zeigt sich bei der jährlichen Veranstaltung, welche Bedeutung die Wiedervereinigung und damit auch der sie zelebrierende Feiertag auch bei im Ausland lebenden Deutschen hat.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union

Vertretung bei der Europäischen Union

Vertretung bei der Europäischen Union



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission – EU-Zollbehörden beschlagnahmten 2017 mehr als 31 Millionen gefälschte Waren	
• Europäische Kommission – EU investiert 700 Millionen Euro in saubere und innovative Mobilität	
• Europäische Kommission – Nachhaltiger Fischfang zahlt sich aus	
• Europäische Kommission – 1,5 Mio. Euro Soforthilfe für Erdbeben-Opfer in Indonesien	
• Wettbewerbsfähigkeitsrat tagt in Brüssel	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• Umwelt – Konsultation zur Wasserrahmenrichtlinie und zur Hochwasserrichtlinie	
• Neue Regeln für die grenzüberschreitende Verwendung elektronischer Identifizierung	
• EU investiert 1 Milliarde Euro in europäischen Supercomputer	
• EU sagt Palästinensern weitere Unterstützung zu	
• EU und Kanada bekennen sich zum Pariser Klimaabkommen	
• Referendum über Beilegung des Namensstreits zwischen Athen und Skopje	
• Berichte über Roadtrip durch die EU - Junge Leute stellen Online-Reiseführer zusammen	
<u>Was, wann, wo</u>	13
• Magdeburg will „Einfach MACHEN!“ Offizieller Aufruf zur Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas	
<u>Ausschreibungen</u>	16
• KOM – Stellenausschreibung EUROSTAT	
• „YOUrope – es geht um dich!“ - 66. Europäischer Wettbewerb für Schulen läuft	
<u>Kontaktbörse</u>	18
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	21
• Tipp - Wie heißen die Bundesländer auf Französisch und Niederländisch?	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	25
<u>Impressum</u>	26



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – EU-Zollbehörden beschlagnahmten 2017 mehr als 31 Millionen gefälschte Waren

Die europäischen Zollbehörden haben im vergangenen Jahr an den EU-Außengrenzen **mehr als 31 Millionen nachgeahmte und gefälschte Waren** in einem Gesamtwert von über 580 Mio. Euro beschlagnahmt. Zwar sind die Gesamtzahlen seit 2016 zurückgegangen, doch machen gefälschte, potenziell gefährliche Waren für den täglichen Gebrauch wie z.B. Gesundheitsprodukte, Arzneimittel, Spielzeug und Elektrogeräte einen viel höheren Anteil an allen Beschlagnahmen aus: 43 Prozent aller beschlagnahmten Waren fielen in diese Kategorie.



Die insgesamt am häufigsten vertretene Kategorie waren Nahrungsmittel, die 24 Prozent der Gesamtmenge der beschlagnahmten Waren ausmachten, gefolgt von Spielzeug (11 Prozent), Zigaretten (9 Prozent) und Bekleidung (7 Prozent), teilte die Kommission am 27. September mit.

Bei den Beförderungsarten der gefälschten Waren liegt der Seeverkehr an der Spitze: 65 Prozent aller beschlagnahmten Artikel gelangten per Schiff in die EU, in der Regel in großen Sendungen. An zweiter Stelle liegt der Luftverkehr mit 14 Prozent der gefälschten Artikel, an dritter liegen Kurier- und Postdienste, die zusammen 11 Prozent ausmachten und hauptsächlich online bestellte Verbrauchsgüter wie Schuhe, Bekleidung, Taschen und Uhren betrafen.

China ist nach wie vor das Hauptursprungsland gefälschter Waren, die in die EU verbracht werden. Die meisten gefälschten Kleidungsstücke stammten aus der Türkei, während die meisten gefälschten Mobiltelefone und Zubehör, Tintenpatronen und Toner, CDs/DVDs sowie Etiketten und Aufkleber aus Hongkong und China in die EU gelangten. Aus Indien stammten die meisten gefälschten und potenziell schädlichen Arzneimittel. In 90 Prozent der Fälle wurden die sichergestellten Waren vernichtet oder es wurden Gerichtsverfahren eingeleitet, um eine Rechtsverletzung festzustellen oder strafrechtliche Sanktionen zu verhängen.

In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Zollunion zu einem Eckpfeiler unseres Binnenmarkts entwickelt, durch den die Grenzen der EU sicher bleiben und unsere Bürgerinnen und Bürger vor verbotenen und gefährlichen Waren wie Waffen, Drogen und gefälschten Waren geschützt werden.

Der **Bericht der Kommission über Zollmaßnahmen** zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums wird **seit dem Jahr 2000 jährlich veröffentlicht** und stützt sich auf Daten, die der Kommission von den Zollverwaltungen der Mitgliedstaaten übermittelt werden.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Der vollständige Bericht ist hier abrufbar. [Link](#)

FACTSHEET: Gefälschte Waren, die an der EU-Grenze beschlagnahmt wurden [Link](#)

Pressemitteilung: Zollunion: größter Handelsblock der Welt feiert 50-jähriges Bestehen [Link](#)



Europäische Kommission – EU investiert 700 Millionen Euro in saubere und innovative Mobilität

Die EU-Kommission treibt die Entwicklung einer sauberen und innovativen Mobilitätsinfrastruktur in Europa für alle Verkehrsträger voran und will **fast 700 Mio. Euro in 49 Schlüsselprojekte investieren**. Die Ergebnisse der Angebotsaufforderung hat sie am 1. Oktober in Brüssel veröffentlicht. 52 Mio. Euro gehen an Projekte mit deutschen Bewerbern. Von 14 förderwürdigen deutschen Projekten, die sich für eine EU-Förderung in Höhe von insgesamt 169,4 Mio. Euro beworben hatten, wurden drei Vorschläge ausgewählt. Hinzu kommen weitere drei Vorschläge ohne deutsche Beteiligung, die aber auf deutschem Gebiet liegen.

Das Geld stammt aus der Europäischen Konnektivitätsfazilität (CEF – Connecting Europe Facility), mit der die EU Infrastruktur fördert. Die Investitionen sollen voraussichtlich rund 2,5 Mrd. Euro an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisieren. Konkret geht es um eine stärkere Nutzung alternativer Kraftstoffe, Elektrofahrzeuge und Wasserstoff sowie um die Modernisierung des Flug-, Binnenschiffs- und Schienenverkehrs in Europa. Weltweit will Europa führend bei Innovation, Digitalisierung und weniger CO₂ werden.



EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc erklärte: „Diese Projekte konzentrieren sich auf strategische Abschnitte des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T), um einen optimalen europäischen Mehrwert und Wirkung der EU zu gewährleisten. So können wir den Übergang zu sauberen und emissionsarmen Technologien in ganz Europa beschleunigen.“

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Alle Informationen zu den Projekten [Link](#)

Pressemitteilung in den Daily News [Link](#)

Informationen zur Connecting Europe Facility [Link](#)

Europäische Kommission – Nachhaltiger Fischfang zahlt sich aus

Die Rekordwerte der EU-Fischereiflotte im Jahr 2016 sind laut am 1. Oktober vorgelegtem Jahreswirtschaftsbericht 2018 eng mit der **Nutzung nachhaltiger Fangmethoden** verknüpft. „Der anhaltende Trend zu höheren Gewinnen für den Fischereisektor und einem höheren Mehrwert für Fischerei und Küstengemeinden in der EU ist sehr erfreulich. Unser gemeinsames Engagement für die Nachhaltigkeit zahlt sich also aus“, so EU-Umweltkommissar Karmenu Vella. Die EU-Flotte verzeichnete 2016 einen Rekordgewinn von 1,3 Mrd. Euro, was einer Steigerung von 68 Prozent gegenüber 2015 entspricht. Die Prognosen für 2017 und 2018 sind günstig.



Aus dem Jahresbericht geht hervor, dass die Wirtschaftsleistung stagniert, wenn Flotten auf Bestände angewiesen sind, die immer noch überfischt sind. Flotten, die nachhaltig fischen,



konnten ihre Rentabilität deutlich erhöhen. Diese positive Entwicklung im Fischereimanagement bringt uns dem langfristigen **Ziel einer nachhaltigen Fischerei bis 2020** näher. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Jahreswirtschaftsbericht über die EU-Fischereiflotte [Link](#)

Europäische Kommission – 1,5 Mio. Euro Soforthilfe für Erdbeben-Opfer in Indonesien

Für die Leidtragenden des Erdbebens und des Tsunamis in Indonesien hat die EU-Kommission am 30. September 1,5 Mio. Euro humanitäre Soforthilfe bereitgestellt. „Wir müssen jetzt schnell handeln, damit den Menschen in Indonesien geholfen werden kann“, so Christos Stylianides, EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement. „Die Notleidenden werden mit Nahrungsmitteln, Unterkünften, Trinkwasser, Sanitäranlagen und Medikamenten versorgt. Solidarität ist für uns selbstverständlich. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, den Angehörigen und den Ersthelfern, die rund um die Uhr im Einsatz sind, um Leben zu retten.“

Das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) der Kommission verfolgt die Entwicklung aufmerksam und steht bereit, erforderlichenfalls weitere Unterstützung zu koordinieren. • *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

Gemeinsame Erklärung von EU-Außenbeauftragter Federica Mogherini und Kommissar Stylianides [Link](#)

Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen [Link](#)

Wettbewerbsfähigkeitsrat tagt in Brüssel

Im Rahmen des Wettbewerbsfähigkeitsrats trafen sich die EU-Wirtschaftsminister am 27./28. September in Brüssel. Unter dem Themenschwerpunkt "Binnenmarkt und Industrie" am ersten Sitzungstag befasste sich der Rat zunächst mit dem "Check-up" der Wettbewerbsfähigkeit der Realwirtschaft in den EU-Mitgliedsstaaten, bei dem es in erster Linie um die Bedeutung der regionalen Konvergenz ging. Anschließend wurde eine öffentliche Orientierungsaussprache über Künstliche Intelligenz und Robotik geführt, ein erklärter Schwerpunkt der derzeitigen österreichischen EU-Ratspräsidentschaft. Beide Themen sind zudem Prioritäten im Rahmen der europäischen Industriepolitik, die auch beim EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Dezember auf dem Programm steht.

Die Minister nahmen ferner die Verordnung über die Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstors (engl. Single Digital Gateway) an. Die Annahme erfolgte im Anschluss an eine im Juni mit dem Europäischen Parlament erzielte Einigung. Mit dem neuen Zugangstor erhalten Einzelpersonen und Unternehmen Online-Zugang zu Informationen und Verfahren sowie Hilfs- und Problemlösungsdiensten. Das Single Digital Gateway wird den bestehenden Namen "Ihr



Europa" verwenden und auch eine in das Portal "Ihr Europa" integrierte Nutzerschnittstelle enthalten. Diese soll nutzerfreundlich und in allen EU-Amtssprachen gemacht werden. Das neue Zugangstor wird eine Reihe von Netzen und Diensten verknüpfen, die auf nationaler und Unionsebene eingerichtet wurden, um grenzüberschreitende Tätigkeiten zu unterstützen. Dazu gehören die Europäischen Verbraucherzentren, "Ihr Europa – Beratung", das Beschwerdenetzwerk SOLVIT, der Helpdesk für Rechte des geistigen Eigentums, "Europe Direct" und das "Enterprise Europe Network".

Am zweiten Sitzungstag unter dem Themenschwerpunkt "Forschung und Innovation" stand das neue EU-Forschungsrahmenprogramm "Horizont Europa" für die Zeit nach 2020 im Mittelpunkt der Beratungen. Über konkrete Zahlen wurde dabei nicht gesprochen, da diese erst im EU-Finanzrahmen für 2021 bis 2027 ausgestaltet werden müssen. Die Minister befassten sich daher insbesondere mit der Rechtsgrundlage von „Horizont Europa“ sowie mit den Schlüsselementen des strategischen Planungsprozesses. Aus diesen Beratungen gingen politische Vorgaben für die laufenden Arbeiten im Vorbereitungsgremium des Rates hervor. Der Wettbewerbsfähigkeitsrat hat darüber hinaus eine Verordnung zur Gründung eines neuen europäischen Gemeinsamen Unternehmens, genannt „EuroHPC“, verabschiedet, das dem Hochleistungsrechnen einen entscheidenden Schub geben soll. Das Unternehmen wird die europaweite Bündelung der Ressourcen managen, um die Entwicklung von Supercomputern für die Verarbeitung von Massendaten zu ermöglichen. Durch diese Struktur werden öffentliche und private Anwender in Europa einen besseren Zugang zu Hochleistungsrechnern erhalten, was für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation unerlässlich ist. EuroHPC wird im November 2018 gegründet und soll bis Ende 2026 tätig sein. • *dw*



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Umwelt – Konsultation zur Wasserrahmenrichtlinie und zur Hochwasserrichtlinie

Die Europäische Kommission gibt interessierter Öffentlichkeit und Fachpublikum Gelegenheit, sich zu Auswirkungen von Wasserrahmenrichtlinie und Hochwasserrichtlinie mitzuteilen. Die Öffentliche Konsultation, die vom 17.9.2018 bis zum 4.3.2019 läuft, befasst sich mit den Fragen, wie sich diese Richtlinien auf eine nachhaltige Bewirtschaftung von Gewässern und deren Verbesserung bzw. auf eine Verminderung der Überflutungsrisiken ausgewirkt haben. Die Öffentliche Befragung ist Teil einer breiter angelegten Überprüfung der EU-Wasserpolitik (Fitness-Check) durch die EU-Kommission. • *ms*

Zur Konsultation: [hier](#)

Neue Regeln für die grenzüberschreitende Verwendung elektronischer Identifizierung

Am 29. September traten EU-weite Regeln für die elektronische Identifizierung ([eIDAS-Verordnung](#)) in Kraft. Damit soll Bürgern und Unternehmen der grenzüberschreitende Zugang zu ihren Online-Diensten erleichtert werden. Dazu gehören die Möglichkeiten, Steuererklärungen online abzugeben, ein Bankkonto zu eröffnen oder ein Unternehmen zu gründen, sich in Schulen anzumelden und online auf medizinische Daten zuzugreifen und dabei die Grundsätze des Schutzes personenbezogener Daten zu gewährleisten. Durch die grenzüberschreitende Nutzung elektronischer Identifizierungssysteme können europäische Unternehmen und Verwaltungen jährlich mehr als 11 Milliarden Euro einsparen.

Seit 29. September sind **alle EU-Länder gesetzlich verpflichtet**, nationale elektronische Identifizierungssysteme aus anderen Mitgliedstaaten anzuerkennen, die eIDAS-Verordnung bereits notifiziert haben und erfüllen. Deutschland und Italien haben ihr Anmeldeverfahren abgeschlossen, Luxemburg und Spanien stehen kurz vor dem Abschluss, auch Kroatien, Estland, Belgien, Portugal und das Vereinigte Königreich haben damit begonnen.

Bisher konnten Bürger ihre elektronischen Identifizierungsmittel nicht verwenden, um sich in einem anderen Mitgliedstaat zu authentifizieren, weil die nationalen elektronischen Identifizierungssysteme ihres Landes in anderen Mitgliedstaaten nicht anerkannt wurden. Aufgrund dieses elektronischen Hindernisses konnten Diensteanbieter die Vorteile des Binnenmarktes nicht vollständig ausschöpfen. Gegenseitig anerkannte elektronische Identifizierungsmittel werden die grenzüberschreitende Erbringung zahlreicher Dienstleistungen im Binnenmarkt erleichtern, und Unternehmen können grenzüberschreitend tätig werden, ohne beim Zusammenwirken mit öffentlichen Verwaltungen auf viele Hindernisse zu stoßen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 28. September 2018 [Link](#)

Verordnung über die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt [Link](#)



EU investiert 1 Milliarde Euro in europäischen Supercomputer

Die EU bündelt Ressourcen aus 25 europäischen Ländern zum Aufbau einer europäischen Hochleistungsrecheninfrastruktur von Weltrang. Eine Milliarde Euro werden von EU-Kommission und Mitgliedstaaten in den ersten europäischen Supercomputer investiert. Der Ministerrat hat am 28. September eine von der Kommission vorgeschlagene [Verordnung](#) zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen (**European High Performance Computing**, EuroHPC) beschlossen. Auch Deutschland beteiligt sich. Supercomputer werden benötigt, um die immer größeren Datenmengen zu verarbeiten, etwa im Bereich der Klimaforschung, Gesundheitsversorgung, erneuerbare Energien und Cybersicherheit. Das Unternehmen soll auch für mehr Unabhängigkeit der EU in der Datenwirtschaft sorgen: die EU-Industrie verbraucht derzeit mehr als 33 Prozent der weltweiten Rechenleistung von Supercomputern, bietet selbst aber nur 5 Prozent davon an. Zweck der aktuell beschlossenen Verordnung ist der Aufbau von Hochleistungsrechen- und Dateninfrastrukturen sowie die Unterstützung der diesbezüglichen Forschung und Innovation unter Einbeziehung der Wissenschaftler, der Unternehmen und der Branche. Durch diese Struktur werden öffentliche und private Anwender in Europa einen besseren Zugang zu Hochleistungsrechnern erhalten, was für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation unerlässlich ist. Das gemeinsame Unternehmen EuroHPC wird im November 2018 gegründet und soll bis Ende 2026 tätig sein.

Das gemeinsame Unternehmen wird eine Mittelausstattung von einer Milliarde Euro haben, die Hälfte davon aus dem EU-Haushalt und die andere Hälfte aus den teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten. Zusätzliche Mittel in Höhe von über 400 Mio. Euro werden von privaten Partnern kommen. Die Aktivitäten werden sich auf zwei Bereiche konzentrieren:

- **Eine europaweite Hochleistungsrecheninfrastruktur:** Anschaffung und Einrichtung von zwei Supercomputern in der EU, die zu den fünf führenden der Welt zählen, sowie von mindestens zwei weiteren Supercomputern, die heute zu den 25 besten der Welt gehören. Diese Anlagen werden mit bestehenden nationalen Hochleistungsrechnern vernetzt und öffentlichen wie privaten Nutzern in ganz Europa zur Verfügung gestellt, damit sie in mehr als 800 wissenschaftlichen und industriellen Anwendungsfeldern eingesetzt werden können.
- **Forschung und Innovation:** Förderung der Entwicklung eines europäischen Ökosystems für das Hochleistungsrechnen, Förderung einer Technologieversorgungsbranche und Bereitstellung von Hochleistungsrechenkapazitäten für eine große Zahl öffentlicher und privater Nutzer in vielen Anwendungsbereichen, auch für kleine und mittlere Unternehmen.

Bislang haben die folgenden europäischen Länder ihre Beteiligung an dem gemeinsamen Unternehmen zugesagt: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik und Ungarn. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Fragen und Antworten [Link](#)

Factsheet mit Beispielen für die Anwendung des Hochleistungsrechnens [Link](#)

Das gemeinsame Unternehmen EuroHPC: Ausblick bis 2019–2020 und darüber hinaus [Link](#)

Video über europäische Supercomputer [Link](#)

Factsheet zum Programm „Digitales Europa“ 2021–2027 [Link](#)



EU sagt Palästinensern weitere Unterstützung zu

Die Europäische Union hat am 27. September weitere 40 Mio. Euro zur Sicherung grundlegender Bedürfnisse von palästinensischen Flüchtlingen zugesagt. Das Geld dient dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) dazu, schutzbedürftigen Geflüchteten und ihren Kindern den Zugang zu Bildung, eine medizinische Grundversorgung und weitere Hilfen zu ermöglichen.

Von der Unterstützung profitieren 500.000 palästinensische Flüchtlingskinder sowie über 3,5 Millionen Menschen insgesamt.

Die Europäische Union ist seit Langem der größte und zuverlässigste Geber des UN-Hilfwerks. Mit dieser zusätzlichen Unterstützung für 2018 erreicht der Gesamtbeitrag der Europäischen Kommission zu den Tätigkeiten des UNRWA im Jahr 2018 insgesamt 146 Mio. Euro. Der Gesamtbeitrag der EU und ihrer Mitgliedstaaten für die letzten Jahre 2016, 2017 und 2018 beläuft sich auf rund 1,2 Mrd. Euro. Die EU setzt sich gemeinsam mit dem UNRWA dafür ein, Reformen voranzubringen, um eine solide und nachhaltige finanzielle Grundlage zu schaffen, wobei der Schwerpunkt auf der Erbringung grundlegender Dienstleistungen für die schutzbedürftigsten Flüchtlinge liegt.

Seit 1971 stützt sich die [strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und dem UNRWA](#) auf das gemeinsame Ziel, die menschliche Entwicklung der palästinensischen Flüchtlinge zu fördern, ihre humanitären Bedürfnisse und ihren Schutzbedarf zu erfüllen und die Stabilität im Nahen und Mittleren Osten zu unterstützen.

Im Juni 2017 haben die EU und das UNRWA eine [„Gemeinsame Erklärung 2017-2020“](#) unterzeichnet und damit den politischen Charakter ihrer Partnerschaft unterstrichen. Gleichzeitig wurde durch die Erklärung das Engagement der Europäischen Union für die **Förderung der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge** und für die langfristige finanzielle Stabilität des Hilfswerks vor dem Hintergrund stärkerer Haushaltszwänge und operativer Herausforderungen bekräftigt.

Die Finanzierungskrise des UNRWA ist im Gazastreifen besonders akut. Dort sollen durch das Engagement der EU vor allem bessere Perspektiven für die palästinensische Bevölkerung geschaffen werden.

Abgesehen von dem Ministertreffen des UNRWA am 27. September in New York wird die EU auch durch die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin Mogherini und Kommissar Hahn auf der jährlichen Herbsttagung der Gruppe zur Koordinierung der internationalen Geberunterstützung für die palästinensische Wirtschaft, (AHLC/Ad-hoc-Verbindungsausschuss) vertreten, die am selben Tag in New York stattfindet. Seit 1993 ist der AHLC ein wichtiges politisches Koordinierungsinstrument für die finanzielle Unterstützung des palästinensischen Volkes, letztendlich auch mit dem Ziel eine Zweistaatenlösung auf dem Verhandlungsweg aufrechtzuerhalten. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Europäische Union kündigt weitere 40 Mio. EUR für palästinensische Flüchtlinge an, um den Betrieb von Schulen und Gesundheitszentren sicherzustellen
[Link](#)



EU und Kanada bekennen sich zum Pariser Klimaabkommen

In einer [Gemeinsamen Mitteilung](#) haben sich EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und der kanadische Minister für internationale Handelsdiversifizierung, James Carr, für einen verstärkten Einsatz zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und zum Klimaschutz ausgesprochen. In der ersten Sitzung des Gemischten Ausschusses im Rahmen des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens EU-Kanada (CETA) am 26. September in Montreal beschlossen beide Seiten, enger zusammenzuarbeiten, um die **Ziele des Pariser Abkommens und niedrigere Treibhausgasemissionen** zu erreichen.



Alle umfassenden Handelsabkommen, die die EU aushandelt, enthalten ein umfangreiches Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung, und die jüngsten Abkommen mit Japan und Mexiko erwähnen ausdrücklich das Pariser Abkommen. Die EU und Kanada haben CETA im September 2017 unterzeichnet, bevor das Pariser Abkommen in Kraft trat. Indem sie sicherstellen, dass sich die erste Empfehlung des Gemischten Ausschusses mit Klimaschutzmaßnahmen befasst, bekennen sich die beiden Seiten auch im Rahmen ihrer Handelsbeziehungen zu dieser Priorität.

Neben der Annahme dieser Empfehlung haben James Carr und Cecilia Malmström die im ersten Jahr der Umsetzung von CETA erzielten Fortschritte überprüft und sich auf zwei weitere Empfehlungen geeinigt: eine für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und eine für Handel und Geschlechtergerechtigkeit. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 27.09.2018 [Link](#)

Foto- und Videomaterial zu dem Treffen [Link](#)

Ein Jahr danach: Handelsabkommen EU-Kanada zeigt erste positive Ergebnisse [Link](#)

Die Handelspolitik der EU [Link](#)

Referendum über Beilegung des Namensstreits zwischen Athen und Skopje

In einer **gemeinsamen Erklärung** äußerten sich EU-Außenbeauftragte Mogherini und EU-Erweiterungskommissar Hahn am 1. Oktober zum Referendum über ein Abkommen zur Beilegung des Namensstreits zwischen Athen und Skopje. „Am 30. September hatten die Bürger der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien die Möglichkeit, über die Zukunft ihres Landes abzustimmen. Bei einem friedlichen und demokratischen Votum gab es ein deutliches Ja für das Prespa-Abkommen über den Namensstreit und den europäischen Weg des Landes“, so Mogherini und Hahn. „Das Parlament wird nun die nächsten Schritte zur Umsetzung der Namensvereinbarung unternehmen, indem es über die Annahme der Verfassungsänderungen entscheidet. Dies ist eine historische Chance, nicht nur für die Aussöhnung in der Region, sondern auch für den Weg des Landes in die Europäische Union.“

In der gemeinsamen Erklärung heißt es weiter: „Politische und institutionelle Akteure müssen nun innerhalb der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten über Parteigrenzen hinweg



zusammenarbeiten. Die Europäische Union wird das Land, seine Institutionen und seine Bürger weiterhin uneingeschränkt unterstützen und begleiten.“ • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Vollständige Erklärung von EU-Außenbeauftragter Mogherini und EU-Erweiterungskommissar Hahn [Link](#)

Pressemitteilung zum Abkommen zur Beilegung ihres Namensstreits [Link](#)

Berichte über Roadtrip durch die EU - Junge Leute stellen Online-Reiseführer zusammen

„**99 Dinge, die man in Europa tun sollte**“, soll ein alternativer Online-Reiseführer heißen, den acht junge Europäerinnen und Europäer im Anschluss an ihre viermonatige Reise durch die EU zusammenstellen werden. Der von der EU-Kommission organisierte Roadtrip führte sie auf vier Routen (Mittelmeer, Atlantik, Donau, Ostsee) zu rund 100 EU-finanzierten Projekten in mehr als 20 Ländern. Ziel war es, deutlich zu machen, wofür die EU steht und was sie vor Ort bewirkt. Ihre Erfahrungen und Geschichten haben die acht Teilnehmer bereits in den sozialen Medien geteilt.

Die Teilnehmer wurden aus 2.000 Bewerbungen aus ganz Europa ausgewählt. Rund 60 Bewerbungen stammten aus Deutschland.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 16/18*



Europa-Roadtrip war in Berlin [Link](#)

Weitere Informationen:

<https://roadtripproject.eu/>

<https://www.facebook.com/EUinmyregion/>

<https://www.instagram.com/euinmyregion/>

<https://www.youtube.com/user/RegioNetwork>



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Ein Jahr für Erstellung des Bewerbungsbuchs – Magdeburg will „Einfach MACHEN!“ Offizieller Aufruf zur Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2025 erfolgt:

Die Kulturstiftung der Länder hat Anfang dieser Woche (KW 39) den offiziellen Beginn des nationalen Auswahlverfahrens für die **Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2025** für die deutschen Bewerberstädte veröffentlicht. Zu diesen gehört auch die Landeshauptstadt Magdeburg. Anlässlich des Ausschreibungsbeginns haben Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Prof. Dr. Matthias Puhle, der Leiter des Bewerbungsbüros Tamás Szalay und Projektmanagerin Kerstin Hartinger den aktuellen Stand und die weiteren Schritte der Bewerbungsphase vorgestellt. Einen Blick von außen auf die Magdeburger Bewerbungsphase wagte Kulturhauptstadt-Experte (RUHR.2010. u.v.m.) Prof. Hanns-Dietrich Schmidt.



Magdeburg wird das erste Bewerbungsbuch (BidBook) für den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2025" **am 30. September 2019 abgeben**, das steht seit Anfang dieser Woche fest: "Das Vorhaben, Kulturhauptstadt zu werden, wird in dieser Stadt immer mehr sicht- und spürbar", betont Tamás Szalay, Leiter des Bewerbungsbüros Magdeburg 2025. "Durch die Erweiterung des Büros ist die inhaltliche und konzeptionelle Arbeit am Bewerbungsbuch jetzt noch weiter gestärkt", ergänzt er mit Rückblick auf die Pressekonferenz Anfang dieses Jahres im KUBUS 2025. Täglich werden mit verschiedensten Akteuren Gespräche geführt und denkbare Projektansätze eruiert, um das Konzept für das Magdeburger BidBook zu erstellen.

13

"Die Landeshauptstadt Magdeburg ist eine Stadt im Wandel. Die Bewerbung ist Anstoß und Katalysator für einen nachhaltigen Stadtentwicklungsprozess. Allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, allen Kreativen, Kulturschaffenden, Akteuren aus Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft und dem Sozialsektor bietet sich damit die einzigartige Möglichkeit, Magdeburg mit Kreativität und Innovation lebenswerter und zukunftsfähiger zu gestalten", bekräftigt Oberbürgermeister Dr. Lutz Tümpel.



"Einfach MACHEN!", so lautet das Motto der Unterstützerphase der Kulturhauptstadt-Bewegung für die Magdeburgerinnen und Magdeburger. "Einige Möglichkeiten und Aufrufe zur Beteiligung an der Bewerbungsphase Magdeburg 2025 gibt es bereits über unsere Onlineauftritte. Ganz aktuell wollen wir jetzt auch Projekte unterstützen, die innovativ sowie partizipativ sind und von Einzelpersonen, Vereinen oder Initiativen durchgeführt werden", erläutert Kerstin Hartinger, die seit Februar 2018 als Projektmanagerin im Bewerbungsbüro Magdeburg 2025 tätig ist.





Das Bewerbungsbüro Magdeburg 2025 stellt insgesamt bis zu 75.000 Euro zur Finanzierung von Projekten zur Verfügung, die die Bewerbung Magdeburgs um den Titel stärken. Jedes Projekt kann mit maximal 5.000 Euro unterstützt werden. Kriterien und Details für eine Projektbewerbung sind als Ausschreibung auf der Internetseite des Bewerbungsbüros einzusehen.

Hintergrundinformationen zum Bewerbungsverfahren Die **Landeshauptstadt Magdeburg bewirbt sich um den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2025"**. Neben Deutschland stellt Slowenien 2025 die zweite Kulturhauptstadt. Der Wettbewerb ist offen, das heißt, jede Stadt kann sich bewerben.

Am 24. September 2018 hat die Bewerbungsphase offiziell begonnen: Die Kultusministerkonferenz und die Kulturstiftung der Länder rufen interessierte deutsche Städte auf, sich bis zum 30. September 2019 um den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2025" mit einem Bewerbungsbuch zu bewerben.

Aufgrund der Konzeptionen der Bewerberstädte in den Bewerbungsbüchern empfiehlt eine zwölfköpfige europäische Expertenjury nach einem zweistufigen Auswahlverfahren im Herbst 2020 ihren Favoriten. Mit der Titelvergabe ist die Verleihung des Melina-Mercouri-Preises verbunden, der mit 1,5 Millionen Euro dotiert ist. Deutschland ist berechtigt, für das Jahr 2025 zum vierten Mal eine Europäische Kulturhauptstadt zu stellen.

Der Präsident der Kultusministerkonferenz und Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport, Helmut Holter, sagte: "Die Kulturhauptstädte Europas repräsentieren beides zugleich: die Einheit und die Vielfalt in Europa. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass sich Menschen begegnen, miteinander ins Gespräch kommen und das Bewusstsein für kulturelle Identität und kulturellen Austausch gestärkt wird. Wir freuen uns sehr, dass 2025 wieder eine deutsche Stadt eine von zwei Kulturhauptstädten Europas sein wird. Der Auswahlwettbewerb wird viele kreative Ideen freisetzen."

Am 16. Oktober 2018 findet eine Informationsveranstaltung im Europäischen Haus in Berlin statt. Neben Panels zum Kulturhauptstadt-Thema gibt es kurze Präsentationen der Bewerberstädte. Nach aktuellem Stand sind folgende Städte im Rennen: Chemnitz, Dresden, Gera, Hannover, Hildesheim, Magdeburg, Nürnberg, Pforzheim und Zittau. Allgemeine Informationen zum europäischen Programm "Kulturhauptstädte Europas" finden sich auf der Internetseite der Europäischen Kommission.

Magdeburg arbeitet intensiv an der Bewerbung. Bereits 2011 hatte der Stadtrat auf Grundlage des damaligen Strategiepapiers des Kulturdezernates zum Thema "Kulturcharta Magdeburg 2020" die Bewerbung Magdeburgs beschlossen. Bis 2015 war das Kulturdezernat in Kooperation mit dem Forum Gestaltung e.V. mit diesem Thema betraut. Im Sommer 2016 hat die Landeshauptstadt fünf Kulturbeiräte aufgestellt, um die Bewerbung vorzubereiten sowie Analysen und Vorschläge zu entwickeln. Ende 2016 wurde das "Bewerbungsbüro Magdeburg 2025" gegründet, womit der Prozess eine neue Dynamik erhielt.





- *eag Quelle: Pressemitteilung von Freitag, 28. September 2018 Landeshauptstadt Magdeburg*

Aktuelle Informationen rund um die Magdeburger Bewerbungsphase finden sich unter www.magdeburg2025.de.

Kontaktdaten:

Landeshauptstadt Magdeburg

Büro des Oberbürgermeisters

Team Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Alter Markt 6

39104 Magdeburg

Telefon: (03 91) 5 40 27 69, -2717

FAX: (03 91) 5 40 21 27

E-Mail: presse@magdeburg.de

Weitere Informationen unter:

<http://www.magdeburg.de>

<http://www.facebook.com/Landeshauptstadt.Magdeburg>

<http://twitter.com/Ottostadt>



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Generaldirektion Eurostat — Ausschreibung der Stelle des Direktors/der Direktorin (Besoldungsgruppe AD 14) der Direktion ESTAT.D „Statistik der Staatsfinanzen (GFS) und Qualität“ (Luxemburg) (Artikel 29 Absatz 2 des Statuts) — COM/2018/10381 Die Dienststellen von Eurostat befinden sich in Luxemburg.
Fundstelle: Abl.	C 353 A vom 2. Oktober 2018 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:353A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	30. Oktober 2018
Antragsunterlagen:	Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen: https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/ Zwecks weiterer Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu

„YOUrope – es geht um dich!“ - 66. Europäischer Wettbewerb für Schulen läuft

2019 wird ein wegweisendes Jahr für die Europäische Union. Der Termin des Brexit naht, in vielen Mitgliedstaaten haben Nationalisten an politischem Gewicht gewonnen, die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai werden deshalb richtungweisend für die EU. Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen und Schulformen in Deutschland können sich an der Diskussion über die Zukunft Europas aktiv beim 66. Europäischen Wettbewerb beteiligen. Der **älteste Schülerwettbewerb Deutschlands** hat für die Ausgabe 2019 das Motto „YOUrope – es geht um dich!“ gewählt. 13 altersspezifische Aufgabenstellungen sollen es den Jugendlichen ermöglichen, auszudrücken, welche Bedeutung die europäische Integration für sie hat.





Während sich die Jüngsten etwa mit europäischen Erfindungen beschäftigen oder sich eine Entdeckungsreise durch die EU per Flugtaxi ausmalen können, sollen sich die Älteren mit der Rolle von Influencern, Fake News und Social Bots in der politischen Kommunikation auseinandersetzen oder Kampagnen für die Europawahl gestalten.

Zu gewinnen gibt es neben Geld- und Sachpreisen vor allem spannende politische und künstlerische Seminare.

- *eag Quelle: EU-Nachrichten 16/18 (siehe auch WS 31/18)*



Zur Website des Europäischen Wettbewerbs [Link](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Horizont 2020-Partnergesuch Enterprise Europe Network Türkei	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Eine türkische Universität sucht Forschungsk Kooperationen für das HORIZONT2020 MSCA COFUND Programm CoCirculation2.</p> <p>Eine türkische Universität sucht Forschungsk Kooperationen in insgesamt 5 Bereichen (1. medizinische Anwendungen, 2. Erneuerbare Energiequellen, 3. Verbundwerkstoffe und weitere) und bietet Forschungsstipendien in den Bereichen Agrar-, Pharma-, Medizin- und Informatikwissenschaften. Ziel ist es, sich für das H2020 MSCA Co-Fund Programm CoCirculation2 zu bewerben.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/b2a16546-5166-439d-a7e8-5e6b431f9727</p> <p>Referenznummer: RDTR20180809001</p>
Partnergesuch Eurostars 2 Enterprise Europe Network	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Entwicklung einer Flottenmanagement-Plattform für das Wartungsmanagement von Windparks mit Big Data und künstlicher Intelligenz.</p> <p>Ein Softwareentwicklungsunternehmen aus Südkorea sucht einen Partner, der über Expertise in der Überwachung und Diagnose</p>



Südkorea		<p>von Windkraftanlagen verfügt, um einen Antrag für das Eureka- oder Eurostars 2-Programm einzureichen. Das Vorhaben beinhaltet die Entwicklung eines fortschrittlichen Flottenmanagements von Windparks, einschließlich der Echtzeit-Zustandsüberwachung und Diagnose und Prognose zur Unterstützung des Wartungssystems von Windkraftanlagen. Das System soll die betriebliche Effizienz von Windparks verbessern.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/ee2c6f43-9aad-4473-9f91-4ef170e6da67</p> <p>Referenznummer: RDKR20180628001</p>
Technologiegesuch Enterprise Europe Network England	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Ein britisches Unternehmen sucht Gesundheitsdienstleister, die über Daten zu ventrikulären Arrhythmien verfügen, um ihr neues Frühwarnsystem für plötzlichen Herzstillstand weiterzuentwickeln.</p> <p>Ein medizinisches Softwareunternehmen will ihr Frühwarnsystem für den plötzlichen Herzstillstand (SCA) aufgrund von ventrikulären Arrhythmien weiterentwickeln. Das Unternehmen sucht Krankenhäuser oder KMUs, die Daten von Intensivpatienten mit ventrikulären Arrhythmien gesammelt haben. Dabei wird eine kooperative Beziehung aufgebaut die forschungsbezogen und/oder technisch sein kann.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/6fcf4d52-3e8a-4911-bcce-d07d9172bafc</p> <p>Referenznummer: TRUK20180925001</p>



Geschäftliches Gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	Ein französischer Vertriebspartner für Industriepumpen will seine Produktpalette um neue Pumpen, Filtrationssysteme, Gebläse, etc. erweitern.
Enterprise Europe Network	Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Ein französisches Unternehmen, das im Vertrieb von Vakuumpumpen tätig ist, sucht nach neuen Pumpen, um sein Produktportfolio zu erweitern. Gesucht werden Hersteller von Vakuumpumpen, Filtrationssystemen und Gebläsen für die Bereiche Umwelt, Chemie, Lebensmittel, Verpackung und andere Industrien.
Frankreich		Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/ac6639b1-f123-4552-98cb-e608c5db7308 Referenznummer: BRFR20180919001



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp - Wie heißen die Bundesländer auf Französisch und Niederländisch?

Ist es Ihnen auch schon passiert, dass Sie in Belgien in Ihrer Muttersprache über ein deutsches Bundesland sprachen, und nicht wussten, wie es auf Niederländisch und Französisch genannt wird?

Aus diesem Grund hat *Nachbar Belgien* Ihnen eine Liste mit der jeweiligen französischen und niederländischen Bezeichnung zusammengestellt:

Bundesland	auf Niederländisch	auf Französisch
Baden-Württemberg	Baden-Württemberg	Le Bade-Wurtemberg
Bayern	Beieren	La Bavière
Berlin	Berlijn	Berlin
Brandenburg	Brandenburg	Le Brandebourg
Bremen	Bremen	Brême
Hamburg	Hamburg	Hambourg
Hessen	Hessen	La Hesse
Mecklenburg-Vorpommern	Mecklenburg-Voorpommeren	Le Mecklembourg-Poméranie-Occidentale
Niedersachsen	Neder-Saksen	La Basse-Saxe
Nordrhein-Westfalen	Noordrijn-Westfalen	La Rhénanie du Nord-Westphalie
Rheinland-Pfalz	Rijnland-Palts	La Rhénanie-Palatinat
Saarland	Saarland	La Sarre
Sachsen	Saksen	La Saxe
Sachsen-Anhalt	Saksen-Anhalt	La Saxe-Anhalt
Schleswig-Holstein	Sleeswijk-Holstein	Le Slesvig-Holstein Le Schleswig-Holstein
Thüringen	Thüringen	La Thuringe

21

Hier noch einige große Städte:

Stadt	auf Niederländisch	auf Französisch
Aachen	Aken	Aix-la-Chapelle
Augsburg	Augsburg	Augsbourg
Bremen	Bremen	Brême
Braunschweig	Braunschweig	Brunswick
Koblenz	Koblenz	Coblence
Köln	Keulen	Cologne
Konstanz	Konstanz	Constance
Dresden	Dresden	Dresde



Frankfurt am Main	Frankfort aan de Main Frankfurt aan de Main	Francfort-sur-le Main
Frankfurt an der Oder	Frankfort aan de Oder Frankfurt aan de Oder	Francfort-sur-l'Oder
Freiburg im Breisgau	Freiburg im Breisgau	Fribourg-en-Brisgau
Hamburg	Hamburg	Hambourg
Hannover	Hannover	Hanovre
Magdeburg	Maagdenburg Magdeburg	Magdebourg
Mainz	Mainz	Mayence
München	Munchen	Munich
Nürnberg	Neurenberg	Nuremberg
Regensburg	Regensburg	Ratisbonne
Saarbrücken	Saarbrücken früher: Saarbrugge(n)	Sarrebruck
Trier	Trier	Trèves

• eag Quelle: Nachbar Belgien August 2018

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle

22



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.



Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Bei der Onlinebefragung im August zum Thema „Zeitumstellung in der EU“ beteiligten sich 4,6 Millionen EU-BürgerInnen. Dabei stimmten über 3 Millionen Menschen aus Deutschland ab. 84 Prozent der Abstimmenden entschieden sich für eine Abschaffung der Uhrenumstellung. Über die Hälfte der Teilnehmenden gab dabei an, „negative“ oder „sehr negative“ Erfahrungen mit der Zeitumstellung gemacht zu haben.



1. Wann wurden zum ersten Mal die Uhren in Deutschland eine Stunde vorgestellt?
 - a) 1916 während des Ersten Weltkriegs
 - b) 1973 während der Ölpreiskrise
 - c) 1996 im Rahmen der EU-Vereinheitlichung der Sommerzeit

2. Welche negativen Auswirkungen der Uhrenumstellung wurden im Rahmen der BürgerInnenbefragung am häufigsten als Grund für die Abschaffung der Zeitumstellung genannt?
 - a) Anstatt Energie zu sparen wurde mehr Energie verbraucht als geplant
 - b) Der Biorhythmus des Menschen wird massiv beeinträchtigt, dies führt zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen und vermehrt zu Verkehrsunfällen
 - c) Die EU verkompliziert Handelsbeziehungen zu Ländern auf anderen Kontinenten durch die plötzliche Veränderung der Zeit zweimal im Jahr

3. In welchen Ländern stimmten die EU-BürgerInnen mehrheitlich für die Beibehaltung der Zeitumstellung?
 - a) Frankreich und Spanien
 - b) Griechenland und Zypern
 - c) Estland und Litauen



Antworten

1. a) Während des Ersten Weltkriegs wurde die Sommerzeit eingeführt, um am Abend Energie für Kunstlicht während der Rüstungsherstellung in Fabriken zu sparen. Dies wurde aber 1919 wieder abgeschafft.

2. b) Besonders Kinder und Senioren macht die Zeitumstellung zu schaffen: Schlafstörungen, Depressionen und Verdauungsprobleme sind die Folgen. Vor allem aber wird es auch im Straßenverkehr gefährlich, vermehrt kommt es zu Unfällen, denn auch Tiere sind bei längerer Dunkelheit am frühen Morgen gefährdet. Die Zahl der Wildunfälle nach Umstellung auf die Sommerzeit ist höher als vorher. Tatsächlich wird im Sommer das Licht erst später eingeschaltet, da es länger hell bleibt. Im Winter wird dafür jedoch früher angefangen zu heizen.

3. b) In Griechenland stimmten 56 Prozent und in Zypern 53 Prozent der Teilnehmenden für die Beibehaltung der Zeitumstellung. In Polen und Finnland hingegen stimmten jeweils 95 Prozent gegen eine Beibehaltung. In Deutschland stimmten 16 Prozent für die Fortsetzung der Uhrenumstellung, die deutliche Mehrheit von 84 Prozent jedoch für das Abschaffen der Zeitumstellung.

Schon im Jahr 2020 könnte die Zeitumstellung der Vergangenheit angehören.

Ob Winter- oder Sommerzeit, Auslandserfahrungen sind zeitlos und erweitern den Horizont. Als Jugendberatungsstelle informiert GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt über Wege und Möglichkeiten für Auslandserfahrungen weltweit.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Beatrice Herrmanns-Wagner (BHW)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	...22	E-Mail
Robin Svoboda (RS)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

